Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 60 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Aug. Reinhardt, 9 Seestrasse 9
Bewährte Präzisions- u. kurante Uhren. Spezialität: Eigenes Fabrikat. Lager feinst. Uhrketten u. Ringe.

Grösstes Lager! **Garten-Schläuche** Gummi-Fabrik
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Telephon 289.

Weit und breit beliebt sind Egers mollige Schlafröcke nur Frauenstrasse 3 u. 5

Hochzeits- und Fest-Geschenke
Echt Norwegischen Schmuck ✱ Kolliers ✱ Broschen etc.
Friedrich Pachtmann
Schloss-Str. Schloss-Str.

Reinigt das Blut im Mai mit Dr. Brandes **Maikur Sarsaparill,** beste Frühjahrskur zur Reinigung und Auffrischung des Blutes und der Säfte, angenehm schmeckend, sicher wirkend und garantiert unschädlich. Flasche 1 Mk., verstärkt 1,20 Mk
Salomonis-Apotheke, DRESDEN-A., Neumarkt No. 8.

Nr. 148. Spiegel: Krise in Oesterreich-Ungarn. Neue Militärpensionsgesetze. Landwirtschaftl. Kreisverein. Steinkohlenwerk Zauckerode. Schweinepreise. Lage in Rußland. Schülervorstellung im Schauspielhause. | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, regnerisch.** | **Donnerstag, 31. Mai 1906.**

Ankündigungen,

welche sich auf am **zweiten Pfingstfeiertag** stattfindende öffentliche Veranstaltungen, Konzerte ꝛc. beziehen, bitten wir als Voranzeigen für die erste Feiertags-Nummer aufzugeben, da am zweiten Feiertag eine Nummer nicht erscheinen kann.

Bei der Aufgabe von **Familien-Anzeigen** (Verlobungen und Vermählungen) ist die Beibringung einer amtlichen Legitimation erforderlich.

Die Krise in Oesterreich-Ungarn,

die augenblicklich die habsburgische Doppelmonarchie in ihren Grundfesten erschüttert, hat in dem jähen Rücktritt des so kurzlebigen Ministeriums Hohenlohe ihren ersten drastischen Ausdruck gefunden. Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst hat, wie bereits gemeldet, die Demission des Gesamtkabinetts überreicht, da Kaiser Franz Joseph es abgelehnt hat, den Forderungen des österreichischen Ministeriums in Sachen des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn stattzugeben. Prinz Hohenlohe hat sein hohes Amt seit Anfang dieses Monats, also kaum vier Wochen, innegehabt. Als seine Hauptaufgabe war ihm bei seinem Amtsantritt die Durchführung der Gautschschen Wahlreform zugefallen, eines Reformwerkes, in dem er ebenso wie sein Vorgänger das Allheilmittel für alle Schäden des österreichischen Staates erblickte, von dessen verhängnisvoller sozialer und politischer Tragweite er sich aber wohl ebensowenig wie jener einen richtigen Begriff machte. Mit vielem Temperament warf er sich in den Strudel der Wahlreformarbeit; aber er mußte bald einsehen, daß die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten, außerordentlich groß waren und daß die Lösung der Aufgabe seine Kräfte zu übersteigen drohte. Noch in den letzten Tagen trat er mit einem Kompromißvorschlage hervor, in dem zur Befriedigung der nationalen Ansprüche eine unverhältnismäßig hohe Steigerung der Anzahl der Abgeordneten-Mandate, nämlich von 425 auf 495, in Aussicht genommen war. Aber auch dieses Mittel verfing nicht, die Tschechen lehnten nach wie vor die Wahlreform ab, und ohne die tschechischen Stimmen war diese nicht durchzubringen. In diesem kritischen Augenblicke kam die Differenz mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle wegen des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn gerade zu rechter Zeit, um dem Kabinett Hohenlohe einen guten Abgang zu sichern. Tatsächlich ist Prinz Hohenlohe nicht über die Wahlreform gefallen, sondern weil er sich weigerte, den auf die gesetzliche Festlegung der Zolltrennung zwischen Oesterreich und Ungarn hinauslaufenden Forderungen der ungarischen Staatsmänner nachzugeben. Sein Sturz ist deshalb auch insofern symptomatisch, als er dartut, daß die Krone ihren Widerstand gegen die Ansprüche der ungarischen Koalition endgültig aufgegeben hat und daß sie gewillt ist, die Erledigung des Ausgleichs im Sinne der Magyaren in Oesterreich mit Hilfe des § 14 der Verfassung, des berüchtigten Notverordnungs-Paragraphen, durchzuführen.

Zur Vorgeschichte der Krise wird folgendes bekannt: Ministerpräsident Dr. Wekerle begründete seine Forderung nach der Einbringung eines selbständigen ungarischen Zolltarifs damit, daß der ungarische Handelsminister Kossuth mit der Demission gedroht habe, falls dieses Zugeständnis in Wien nicht bewilligt werde. Infolgedessen sah sich auch Dr. Wekerle genötigt, im Kronrate auf der obenerwähnten Forderung und auf der Ersetzung des Zoll- und Handelsbündnisses durch einen Handelsvertrag zu bestehen. Ein Kompromißantrag des Grafen Goluchowski, der dahin ging, die endgültige Lösung der Streitfrage zu vertagen, wurde von Wekerle abgelehnt. Anderseits lehnte Prinz Hohenlohe einen Antrag Wekerle ab, in dem es hieß, daß zwar der selbständige ungarische Zolltarif eingebracht werden, aber die Bestimmung enthalten sollte, daß Aenderungen nur im Einvernehmen mit Oesterreich getroffen werden dürften. Prinz Hohenlohe beharrte diesem Antrage gegenüber auf seinem Standpunkte. Nachdem im Kronrat keine Einigung erfolgt war, der Kaiser aber nachträglich den Standpunkt Wekerle akzeptierte, mußte Prinz Hohenlohe seine Demission geben.

Der Eindruck in Oesterreich ist allgemein, daß die gegenwärtige Krisis eine der schwersten, nicht bloß für Cisleithanien, sondern für die gesamte Monarchie ist. Fast die gesamte öffentliche Meinung Oesterreichs steht hinter Hohenlohe. Wieder einmal scheint es, als ob die Völker Oesterreichs wenigstens in dem einen Punkte einig werden wollten, der sie alle bedrückt: in der Abwehr gegen die Hegemonie-Ansprüche Ungarns. Das hat der allgemein gelobte Widerstand des abgetretenen Ministerpräsidenten Prinzen Hohenlohe gegen weiteres Nachgeben bewirkt. Alle Parteien haben beschlossen, der weiteren Nachgiebigkeit des Kaisers indirekt allen parlamentarischen Widerstand entgegenzusetzen. Der von der Obmänner-Konferenz des österreichischen Reichsrates beschlossene gemeinsame Antrag aller Parteien lautet dementsprechend: „Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Das Abgeordnetenhaus legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß der durch rechtskräftige Publikation des gemeinsamen Zolltarifs und mit schweren wirtschaftlichen Opfern unserer Reichshälfte erkaufte geltende Rechtszustand durch ein einseitiges Vorgehen Ungarns ohne Zustimmung des Reichsrates geändert werde. Das österreichische Abgeordnetenhaus spricht die bestimmte Erwartung aus, daß es dem Reichsrat nicht durch Vertagung unmöglich gemacht werde, die Rechte des Parlaments und des Staates in dieser kritischen Zeit zu wahren." Die Parteien erklärten dazu, daß sie jede Regierung, die ein Vorgehen zu gunsten Ungarns decke, rücksichtslos bekämpfen werden, und daß sie entschlossen seien, solange der Pakt mit Ungarn nicht rückgängig gemacht sei, weder einen Heller für die gemeinsamen Ausgaben noch Rekruten zu bewilligen.

Dasselbe Bild der Geschlossenheit und Einmütigkeit zeigt sich in der österreichischen Presse, die den Entschluß des Prinzen Hohenlohe — lieber vom Ministerpräsidium zurückzutreten, als den anmaßenden Forderungen Ungarns nachzugeben — als die Tat eines offenen und ehrlichen Politikers feiert. Die „Neue Freie Presse" sagt: „Ueber seine Taktik im Feldzuge gegen Ungarn mögen die Urteile verschieden sein. Unstreitig hat er jedoch den Staat vor der tiefsten Beschämung gerettet, als er sich der ungarischen Gewaltsamkeit nicht unterwarf, sondern ihr den Widerstand entgegensetzte, der in dem Entlassungsgesuche eines Ministerpräsidenten liegt." Was die Entscheidung der Krone zu gunsten Ungarns anbetrifft, so beurteilen sie die Blätter durchweg als einen schweren Schlag für Oesterreich. Dabei zeigt sich ein weitgehendes Mißtrauen gegen die Versicherung des ungarischen Ministerpräsidenten, daß es sich bei der Zolltariffrage nur um formale Unterschiede handle. Angesichts dieser Versicherung fragt das offiziöse „Wiener Fremdenblatt": „Wer bürgt uns, falls wir Bürgschaften erhalten, für die Bürgen? Die Stimmung, welche die Nachricht vom Rücktritt des Prinzen Hohenlohe hier hervorgerufen hat, ist sehr ernst. Schon das Gefühl aller Art von Mißachtung unserer Gesetzgebung durch das ungarische Vorgehen wird fernerhin schwierige Auseinandersetzungen noch erschweren. Es könnte leicht geschehen, daß in Oesterreich eine Gegenbewegung entstünde. So wenig Einmütigkeit auch in allen innerösterreichischen Fragen im Reichsrate zu erzielen ist, so rasch würde er sich in jedem Augenblick zusammenschließen, sobald er die beständig erweiterten Ansprüche Ungarns nicht mehr erträglich fände. Jede österreichische Regierung muß künftighin darauf gefaßt sein, tausend Widerständen zu begegnen bei dem Bestreben, die Beziehungen zu Ungarn in gutem Einvernehmen zu regeln." Dem christlich-sozialen „Deutschen Volksblatt" fällt es sehr schwer, die richtigen Worte für das ungarische Verhalten zu finden. Worte, wie Erbitterung, Empörung, Entrüstung seien nur ein schwächlicher Ausdruck für die Gedanken aller Oesterreicher. Das Wiener „Tagblatt" fragt, wie Goluchowski seine Zustimmung geben konnte zu diesem Pakte, der die mit den auswärtigen Mächten geschlossenen handelspolitischen Vereinbarungen leichtfertig gefährde, und erhebt die schwersten Anklagen gegen die höfischen, unverantwortlichen Ratgeber des Monarchen, die den traurigen Mut fanden, ihn zu bewegen, persönlich zu gunsten der Magyaren gegen die mit unerschütterlicher Treue erprobten Völker Oesterreichs zu entscheiden.

Prinz Hohenlohe hat den magyarischen Ansprüchen gegenüber den österreichischen Standpunkt mit Festigkeit und Entschiedenheit vertreten und sich auf die unangreifbare These beschränkt, daß Ungarn einseitige Aenderungen an dem bestehenden Verhältnisse nicht vornehmen könne, sich im übrigen aber zu einer Revision des gesamten Ausgleichs bereit erklärt. Es schien anfangs, als ob der Prinz mit seiner Auffassung bei der Krone Recht behalten würde, aber die Scheu des greisen Kaisers vor neuen tiefgehenden Wirren in Ungarn scheint so stark gewesen zu sein, daß er am Sonntag nach dem Kronrat dem ungarischen Ministerpräsidenten die Genehmigung erteilte, den gemeinsamen Zolltarif als selbständigen ungarischen Tarif im Budapester Reichstage einzubringen. Wer die dornenvolle Nachfolge des Prinzen Hohenlohe übernimmt, ob der böhmische Statthalter Graf Coudenhove, ob Bacquehem oder Wittek, ist im Grunde genommen eine Frage von nebensächlicher Bedeutung. Der gegenwärtige Konflikt geht weit über den Rahmen eines bloßen Ministerwechsels hinaus und kann für das künftige staatsrechtliche Verhältnis der beiden Reichshälften kaum absehbare Folgen haben. In Wiener parlamentarischen Kreisen wird stark bezweifelt, daß ein neuer Ministerpräsident mit Zugeständnissen an Ungarn, wie sie Prinz Hohenlohe ablehnte, vor den österreichischen Reichsrat treten könnte, ohne der schärfsten Opposition zu begegnen. Es wird daher wahrscheinlich zunächst ohne Parlament, und zwar auf Grund § 14 (durch Verordnungen) regiert werden. Dadurch erscheint auch die Wahlreform vorderhand als zurückgestellt, da es unmöglich sein wird, sie mit diesem Abgeordnetenhause zu Ende zu führen.

Neueste Drahtmeldungen vom 30. Mai.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der heutigen Beratung des Knappschaftsgesetzes im Herrenhause trat Graf Oppersdorf für das geheime Wahlverfahren bei den Wahlen der Knappschafts-Aeltesten ein. In Oberschlesien würde durch die öffentliche Wahl nur die politische Agitation gefördert werden. — Graf Hohenthal wünschte, daß man den christlichen Arbeitervereinen ein größeres Wohlwollen entgegenbringe und trat, im Gegensatze zum Vorredner, für unveränderte Annahme der Vorlage ein. — Freiherr v. Manteuffel erklärte, daß Graf Oppersdorf nicht im Namen der konservativen Partei gesprochen habe und protestierte dagegen, daß das allgemeine, geheime Wahlrecht als das Wahlrecht der Zukunft bezeichnet würde. Das Heil Preußens und des Landes hänge von der Beibehaltung der öffentlichen Wahl in Preußen ab. (Beifall.) Graf Oppersdorf erwiderte, er habe das geheime Wahlrecht nicht als das Wahlrecht der Zukunft bezeichnet. — Graf Hohenthal: Mit Entrüstung hörte ich ein Mitglied der konservativen Partei eine Lobrede auf das geheime Wahlrecht halten. Würde je eine Regierung daran denken, das geheime Wahlrecht in Preußen einzuführen, so würden wir ihr die allerschärfste Opposition machen. (Beifall rechts.) Freiherr v. Durant konstatierte, daß in Schlesien keineswegs das geheime Wahlrecht verlangt werde. Handelsminister Delbrück bemerkte, die Regierung habe das geheime Wahlrecht in Erwägung der Tatsache vorgeschlagen, daß es bei einer Reihe anderer reichsgesetzlich geordneter analoger Institutionen bestehe; nachdem jedoch das Abgeordnetenhaus beschlossen habe, es bei dem bisherigen Zustande zu belassen, wonach das Wahlrecht zu regeln den betreffenden Knappschaftskassen überlassen bleibe, habe die Regierung keine Veranlassung gesehen, ihre Vorlage in diesem Punkte aufrecht zu erhalten. Ich begrüße, fuhr Redner fort, eine Organisierung der Arbeiter auf christlicher und monarchischer Grundlage, aber die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, deckt sich nicht immer mit dem Kaiserhoch, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen und schließen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine christliche Arbeiterorganisation muß ihre Forderungen doch immerhin so formulieren, daß sie im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erfüllt werden können und man darf an ihren Forderungen nicht die Neigung erkennen, mit der Sozialdemokratie konkurrieren zu wollen. (Sehr richtig.) Dazu kommt, daß die Agitation der christlichen Gewerkschaften nicht immer einwandfrei ist und meist über das zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele erforderliche Maß hinausgeht. Im Saarrevier werden von Rednern der christlichen Gewerkschaften — die Redner sind keine Arbeiter — Sonntag für Sonntag Versammlungen abgehalten, in denen Forderungen, auf die die Arbeiter von selbst nicht gekommen wären, in einer Form vorgetragen werden, die das Ansehen der Bergverwaltung und ihrer Beamten schwer schädigen muß. (Hört, hört!) Ich bin genötigt worden, eine Anzahl Arbeiter zu entlassen, um zu dokumentieren, daß wir eine solche Agitationsweise nicht dulden können, die die Autorität untergräbt. Ich bin bereit, die christlichen Gewerkschaften zu fördern, aber ich muß verlangen, daß ihre Agitation nicht gegen die Grundsätze des preußischen Staates verstößt. (Lebhafter Beifall.) — Das Gesetz wurde unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Eine Petition der deutschen Mittelstandsvereinigung um Erhöhung der Warenhaussteuer wurde der Regierung trotz des Widerspruchs eines Regierungsvertreters zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso eine Petition des Innungsverbandes brandenburgischer Baugewerkmeister um Schutz dieses Titels. — Hierauf vertagte sich das Haus bis zum 15. Juni, an welchem Tage die Beratung des Volksschul-Unterhaltungsgesetzes beginnt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus tritt erst am 25. Juni wieder zusammen.

Oesterreich und Ungarn.

Wien. Abgeordnetenhaus. Das Haus und die Galerien sind stark besucht. Bei Beginn der Sitzung stellt Kathrein fest, daß die Absage der gestrigen Sitzung Mißstimmung unter den Abgeordneten hervorgerufen habe. Die Obmänner-Konferenz habe diese Absage als in der Geschäftsordnung keineswegs begründet bezeichnet, habe aber anerkannt, daß der Präsident bona fide gehandelt habe. Präsident Graf Vetter erklärt, daß er die Sitzung abgesagt habe, da er die authentische Nachricht erhalten habe, daß das Ministerium demissioniert habe und nicht im Hause erscheinen werde. Irgend welche andere Absichten hätten ihm gänzlich ferngelegen, und das ihm untergeschobene Motiv, als ob er das Haus an einer Besprechung der Situation und Stellungnahme zur Demission des Kabinetts zu hindern die Absicht gehabt hätte, sei dadurch widerlegt, daß er sofort die heutige Sitzung einberufen habe, als ihm der Wunsch der Mehrheit des Hauses nach Abhaltung einer Sitzung bekannt gegeben worden sei. (Beifall.) In der Begründung des bereits angekündigten und von der gestrigen Konferenz der Obmänner angenommenen Dringlichkeitsantrages führt Kathrein aus: Die Dringlichkeit des Antrages liegt in der durch die Demission des Kabinetts gekennzeichneten Lage. In dem Augenblicke, in dem sich Ungarn anschickt, einseitig und zu unserem Nachteile die gemeinsamen Beziehungen zu lockern und zu lösen, dürfen wir nicht stillschweigend zusehen, wir dürfen nicht zugeben, daß über das Recht der Bevölkerung Oesterreichs ohne uns irgendwie verfügt wird. Wir müssen deshalb fordern, daß das Haus, sobald es die Verhältnisse erheischen, einberufen wird. (Lebhafter Beifall.) Redner erblickt die Bedeutung des Antrags darin, daß er den

Pfunds sterilisierte (homogene) Kindermilch Trocken-fütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79/81